

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Goldnotenbank im Entstehen.

Vom Reichsfinanzministerium wird der Telegraphen-Union mitgeteilt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes soweit gefördert sind, daß der Entwurf vorliegt. Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch in den Stand gesetzt werden, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftsleben in vollem Umfang zu erfüllen. Reichsschatzscheine werden bei der Reichsbank nicht mehr diskontiert, so daß eine ungedeckte Vermehrung des Papiermarkumlaufes nicht mehr stattfindet.

Für eine Uebergangszeit bis zur Balancierung des Reichshaushaltes gibt eine neu zu schaffende Bank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der privaten Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wertbeitragswertes sichergestellt werden. Diese Noten werden gesetzliche Zahlungsmittel. Die Papiermark wird Scheidemünze der neuen Note, in der sie zu einem bestimmten Kurs einlösbar sein wird. Gleichzeitig wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm die härteste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden.

Kriegsgefahr an der Adria.

Kaum ist der Korfu-Konflikt halbwegs eingereicht, so melden sich in Verbindung mit der noch immer ungeklärten Fiume-Frage neue Schwierigkeiten, die der europäischen Politik recht mühselige Aufgaben am Balkan zuweisen. Mit Recht ironisiert Lloyd George in seinem letzten Artikel in der „Daily Mail“, der das Versagen des Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt behandelt, über den Optimismus, der sich in den Kreisen der Entente-Diplomatie anlässlich der Beilegung des Korfu-Konflikts bemerkbar macht. „Das unterirdische Grollen im nördlichen Adriatischen Meere — schreibt er — wird immer mehr hörbar und immer bössartiger. Der Fiumetrater könnte binnen kurzer Zeit in Flammen ausbrechen und Ströme von Lava auswerfen, die nicht so leicht aufgehalten werden können, wie jene bei Korfu.“

Der Ausbruch des Fiumetraters ist bereits erfolgt. Der gestern gemeldete Rücktritt des Statthalters von Fiume Dr. de Poli und die Einsetzung des italienischen Generals Gaetano Giardino zum Militärgouverneur von Fiume muß als zielbewußter Vorstoß der italienischen Regierung gegen Jugoslawien gewertet werden. Bekanntlich finden jetzt zwischen Italien und Jugoslawien Verhandlungen über die endgültige Regelung der Fiumefrage statt. Die ursprünglich gestellte Frist vom 15. September war bis Ende dieses Monats verlängert worden. Nach den Unterhandlungen, die der jugoslawische Ministerpräsident Pasitsch mit der englischen und französischen Regierung geführt hatte, war man in Belgrad ziemlich optimistisch, da man annahm, daß es dem Druck Englands und Frankreichs gelingen würde, Mussolini vor aggressiven Schritten in der Fiumefrage zurückzuhalten. Nun ist aber durch die Aufrichtung der italienischen Militärdiktatur in Fiume die Lage erneut verschärft worden, da allgemein der Eindruck vorherrscht, daß Italien durch diesen Schritt „vollendete Tatsachen“ schaffen und die Annexion Fiumes vorbereiten will.

Die italienische offizielle Presse sucht das Vorgehen Italiens in Fiume zu verteidigen. „Wir sind keine Provokateure“, schreibt „Giornale d'Italia“, „wir wollen den Balkan nicht in Flammen sehen, wir überschreiten nicht die durch die Verträge gesetzten Grenzen und tun nichts von alledem, was uns gewisse englische Blätter unterstellen, andererseits mühten wir durchaus Fiume helfen. Das sind die Gründe für das uns einzig mögliche Vorgehen. Es wird keine Verwicklung geben. Die öffentliche Meinung kann in dieser Hinsicht beruhigt sein.“ Dieser Beschönigungsversuch des offiziellen Organs der italienischen Regierung ist äußerst charakteristisch. Man weiß in Rom sehr wohl, daß der Rücktritt des Fiumer Statthalters in diesem Augenblick als ein abgekartetes Spiel angesehen werden muß, das in Verbindung mit den weiteren Maßnahmen Italiens den ganzen Balkan in Bewegung setzen und dem italienischen Volk selbst neue furchtbare Kriegslasten auferlegen könnte. Deshalb der Hinweis darauf, daß es „keine Verwicklung“ geben werde. Doch diese Verwicklung ist bereits eingetreten. Wie aus Athen gemeldet wird, haben etwa 8000 mazedonische Komitasschis einen Vorstoß auf serbisches Gebiet gemacht, während serbische Truppen im Risch konzentriert werden und sich an der Eisenbahnlinie nach Garibrod der bulgarischen Grenze zu bewegen. Auch aus anderen Meldungen geht hervor, daß die Spannung zwischen Jugoslawien und Bulgarien stark zugenommen hat. Die jugoslawische Regierung hat bereits ein Ultimatum nach Sofia gerichtet, in dem von der bulgarischen Regierung Maßnahmen gegen die mazedonische Bandenbewegung verlangt werden. Die bulgarische Regierung hat darauf mit einer Protestnote zu Händen des französischen Auswärtigen Amtes geantwortet. Gleichzeitig jedoch wird im Pariser „Temps“ folgende aufsehenerregende Mitteilung veröffentlicht:

Die amerikanische Regierung in Washington hat authentische Informationen darüber erhalten, daß von gewissen Mittelmeerhäfen aus Waffen für Bulgarien verladen worden sind, die über das Schwarze Meer in das Land eingeschmuggelt werden. Bisher wurden nach Bulgarien geschickt Munition 250 000 Gewehre, 600 Geschütze, darunter 50 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre und 20 000 Maschinepistolen, obwohl nach dem Vertrag

von Neuilly die Bewaffnung der bulgarischen Armee auf ein bestimmtes Maß beschränkt ist. Der General Bogarof, der Chef der bulgarischen Armee, soll geheime Verbindungen mit den mazedonischen Irredentisten unterhalten und beabsichtigen, deren Aktionen mit regulären Truppen zu unterstützen. Die Irredentisten werden mit einer Aktion gegen Jugoslawien nicht mehr lange auf sich warten lassen, da angeblich Mussolini über ihre Untätigkeit bereits sehr ungehalten ist und gedroht haben soll, ihnen seine Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht sofort etwas unternehmen.

Der „Temps“ bezeichnet diesen Bericht als Beweis dafür, mit welchen Mitteln die Leute arbeiten, die einen Konflikt in Mazedonien herbeiführen möchten. Aus dieser Veröffentlichung geht aber deutlich hervor, daß die italienische Regierung als treibende Kraft hinter dem bulgarisch-serbischen Konflikt steht. Durch die neu entfaltete Bewegung in Mazedonien soll die Aufmerksamkeit Jugoslawiens von Fiume abgelenkt werden. Dadurch würde Italien in seiner auf die Beherrschung der Adria hinielenden Politik mehr Spielraum erhalten. In dieser Beziehung hängt der Korfu-Konflikt mit der Fiumefrage auf das engste zusammen. Unter dem Druck Englands, dem sich auch Frankreich anschloß, mußte die italienische Regierung die Räumung Korfus versprechen, wenn Griechenland die ihm auferlegten „Sanktionen“ ausführt. Aber noch bevor die Räumung Korfus, dieser Schlüsselposition an der Adria, erfolgt ist, spielen sich programmäßig die weiteren Akte des tragischen Spiels an den Küsten der Adria ab, das geeignet ist, neue schwere Erschütterungen im Südosten Europas heraufzubeschwören.

Amsterdam und Genf.

Die vom „Vorwärts“ bereits am Sonntag angekündigte Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an den Völkerbund, sich mit der Reparationsfrage zu befassen, ist nun erfolgt. WTB. meldet darüber aus Genf:

Im Auftrage des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam richteten Jouhaug, Frankreich und Dudgeest-Holland heute an die Völkerbundversammlung eine lange Denkschrift über die Reparationsfrage. In der sie, da eine Lösung durch die Regierung selbst unmöglich sei, eine internationale Regelung der wichtigsten Probleme, aus denen sich die Reparationsfrage zusammensetzt, nämlich die Feststellung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, die Organisation der internationalen Anleihe und Pfänderfrage, der Regelung durch den Völkerbund anvertrauen wollen. Das einzig internationale Organ, das die Regelung der Reparationsfrage unter diesen drei Gesichtspunkten in die Hand nehmen könne, sei nur der Völkerbund, und ihm müsse daher die Reparationsfrage unterbreitet werden.

Die tschechoslowakischen Gemeindevahlen.

Prag, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Der allgemeine Eindruck der Gemeindevahlen, soweit sie sich bisher überblicken lassen, wird von den Morgenblättern dahin zusammengefaßt, daß die Sozialdemokratie in Anbetracht der ihr nicht gerade günstigen Umstände weit günstiger abgeschnitten habe, als erwartet wurde. Wenn auch die Agrarier zur stärksten tschechischen Partei werden, so steht die Sozialdemokratie als zweitstärkste Partei der Tschechoslowakei da und ihr Verhältnis zu den Kommunisten ist das von 60:40. Die Kommunisten haben nur in Prag und einer Anzahl Industriestädte lokale Erfolge, dagegen haben sie in Nordböhmen, wo sie besonders große Hoffnungen hegten und in der Slowakei bemerkenswerte Schläppen erlitten.

Prag, 18. September. (U.) Das Gesamtergebnis der Gemeindevahlen liegt noch nicht vor, besonders die Meldungen über die Slowakei stehen zum größten Teil noch aus. Die Sozialdemokraten, sowohl die tschechischen als auch die deutschen mühten einen großen Teil ihres Mandatsbestandes an die äußersten Rechts- und äußersten Linksparteien abgeben. Die Nationalbürgerlichen und die Kommunisten, daneben die Christen sind die Nutznießer. Die deutschen Nationalsozialisten haben Mandate erlangt. Die Kommunisten sind in der deutschen Industrie Nordböhmens, die bis jetzt für eine kommunistische Hochburg gehalten wurde, sehr stark zugunsten der deutschen Bürgerlichen und Nationalsozialisten zurückgegangen; dafür haben sie in Prag fast 68 000 Stimmen und 19 Mandate, gegen bisher kein einziges. Die Prager deutsche Minderheit hat 4 Mandate durchgesetzt und sich so ein Stadtratsmandat gesichert. Infolge der Listenkoppelung der Prager deutschen Sozialdemokraten mit den Kommunisten wird auch der deutsche Sozialdemokrat Privatdozent Dr. Hecht Prager Stadterordneter.

Dollar auf 150 Millionen gedrückt.

In Berliner Finanzkreisen herrschte heute vormitag in Anbetracht der Zuspitzung der innerpolitischen Lage und der Meldungen über Feuerungskrawalle in der Provinz Panikstimmung. Der Dollar wurde zu Kursen genannt, die wesentlich über 300 Millionen Mark liegen. Pfunde wurden mit 1,7 Milliarden Mark genannt. Im offiziellen Verkehr an der Börse trat eine wesentliche Beruhigung ein. Es verlautete, daß das Reichsfinanzministerium wahrscheinlich heute noch eine Rundgebung über die Schaffung einer beständigen Währung und einer Goldnotenbank veröffentlichen werde. Lebensfalls steht fest, daß man in Regierungskreisen entschlossen ist, schnellstens Maßnahmen zu treffen, um die Währungsnotlage abzuhalten. An der Börse wurde offenbar im Auftrage der Regierung seitens einer hiesigen Großbank zugunsten der Mark interveniert. Der Kurs des Dollars stellte sich amtlich auf 150 Millionen, Pfunde wurden mit 680 Millionen gehandelt.

Erfolgswirtschaft!

Nicht nur Herrschaft der Paragraphen.

Aus Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Beamten wird uns geschrieben:

Die deutsche Währung ist zusammengebrochen! Das Auf- und Abschwanken des Kurses ist nur noch ein Todeskampf. Die Gründe sind jedem bekannt: „Der Staat nimmt nur den fünfundsiebzigsten Teil dessen ein, was er ausgibt.“ In der „guten alten Zeit“ war auch schon, wie jetzt, eine Trennung von Hoheits- und Betriebsverwaltungen. Bei den Hoheitsverwaltungen wurde auf der ganzen Linie die hohe und niedere Bürokratie gepflegt. Weil sie nur etwas kosteten und nichts einnahmen, nannte man sie im Stillsargon „Zuschußverwaltungen“. Da es in diesen ungenehnten Betrieben nur Ausgaben gab, brauchten sie auch nicht mit den Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen sein. Das wirtschaftliche Denken war auch darum unbekannt. Die zweite Gruppe hatte Betrieb. Wo Betrieb ist, mußte gearbeitet, mußten Ueber-schüsse erzielt werden.

Seit einer Reihe von Jahren fällt auch bei den Betriebsverwaltungen der Ueberfluß fort. Die Gründe sind bekannt: Wenn ich Kohle und Eisen zu einem Index von 1 Million kaufe und zu einem solchen von 333 000 Jahre, kann die Rechnung selbst mit Hilfe der Relativitätstheorie nicht stimmen. Die Betriebsverwaltungen verlieren das wirtschaftliche Denken. Das Entsetzen ist allgemein. Auf der ganzen Linie, einschließlich der Verwaltungen, heißt es: „Ja, da kann doch keine Währung stimmen, wenn die Betriebsverwaltungen Zuschüsse erfordern, die arbeiten ja auch nicht mehr.“ Die Arbeit in den Betrieben hat man natürlich Arbeitern überlassen.

Einigen Arbeitern hat man allerdings den Namen „Beamte“ gegeben, aber die Äuguren lächeln. Einen Beamten dieser Art kann man Sacke tragen lassen und doch kündigen. Der richtige Beamte fängt erst in den oberen Regionen an. Aber der Name war notwendig, denn wenn ein Hoheitsbeamter einmal gefragt werden soll, in welchem Verhältnis Mittel und Erfolg seiner Arbeit stehen, braucht er die ganze Betriebsbeamtenchaft, damit sie ruft: „Gesährdung des Berufsbeamtenums“. Zum Schutz der Beamtenrechte braucht man den, der sie nur dem Namen nach hat. Aber sonst muß gearbeitet werden.

Damit die Betriebe wieder Ueber-schüsse ergeben, müssen sie rationalisiert werden. In den Eisenbahnwerkstätten Fristverfahren und Gebilde, den Bahnhofsstellen, Güterböden und Betriebswerken Akord, im Betriebsdienst Dienstleistungsvorschriften, erlassen zur Erhaltung des Betriebes im Interesse der Öffentlichkeit, aber angewandt von einer Bürokratie, welche die ganze Modernisierung durch die Brille der Befolungsordnung betrachtet. Brachte doch ein „Sachverständiger“ bei den Beratungen über Umstellung der Werkstätten den schönen Satz:

„Solange wir nicht von Befolungsgruppe X in Y kommen, kann uns die ganze Modernisierung des Betriebes gestohlen bleiben.“

Der Arbeiter weiß — wenn auch größtenteils leider erst gefühlsmäßig —, Sozialismus bedeutet organisierte Arbeit und organisierte Verteilung des Erfolges nach dem Maße des Arbeitsanteiles, also Gerechtigkeit. Er findet es für ungerecht, wenn der Klassengenosse in der Privatindustrie intensiver arbeiten und zugleich mit seinen Steuern einen Zuschuß zu den Staatsbetrieben geben muß, dessen Ursache in der schlechten Betriebsführung liegt. Aus Gründen der Reinlichkeit arbeitet er am Fristverfahren usw. mit. Wenn aber trotz aller Intensität das Defizit bleibt, ist ein Nachdenken und Beobachten innerhalb seines Betriebes und später über die Grenzen desselben hinaus erklärlich. Ergebnis der Beobachtung ist folgendes:

Den Betriebsbeamten und -arbeitern gelingt es durch lange, mühselige, mitunter sogar gefährliche Arbeit in den ersten Tagen der Ruhrbefehle, tausend der besten Lokomotiven in Sicherheit zu bringen. Der Wert in Papiermark nicht nennbar. Nun kommt der Verwaltungsanteil. Neun Monate später soll die erste Maschine in Betrieb, läuft aber nicht. Untersuchungsergebnis: Sämtliche Schieber und Gestänge eingeroftet und alle Lokomotiven müssen zum Ueberholen in die Werkstätten. Das Finanzergebnis wird sich beim Etat bemerkbar machen. Ferner werden nun wahrscheinlich noch Erwägungen getroffen, ob nicht ein Referent zu ernennen ist, dem folgende Punkte zur Lösung übertragen werden:

1. Wer ist verantwortlich für die Unterhaltung der abgestellten Lokomotiven?
2. Wie kann diese Arbeit ohne besondere Kosten von den vorhandenen Arbeitern geleistet werden?

Es wird eine Verfügung erlassen, in der aufgefordert wird, wegen Arbeitsmangel in den Werkstätten den Umbau der eigenen in kupferne Feuerstätten zu beschleunigen. Weil aber Arbeitsmangel bei den Arbeitern und nicht von Mehrarbeit die Rede ist, rührt sich nichts. Vier Monate danach stellt sich heraus, daß ein nicht geringer Prozentsatz der abgestellten Lokomotiven noch eiserne Feuerstätten hat. Erfolg wie oben.

In Sachen wurde eine Werkstatt zur Lokomotiv-reparatur eingerichtet. 30 Proz. aller Arbeiten an Lokomotiv-reparaturen sind Arbeiten an Kessel. Also braucht ein tüchtiger sachlicher Verwaltungsbeamter in einer modernen Werkstatt keine Kesselschmiede. Der Kessel wird abmontiert, irgendwo in den deutschen Landen bei anderen Werkstätten, die noch solche Einrichtungen haben, herumgefahren. Des Geheilten Wiederkehr währt zu lange. Es werden „Erwägungen“

gepflogen. In der Dreherei werden schließlich einige Kesselstände untergebracht. Värm arbeitsstörend! Es werden also die Kesselstände unter eine Bedachung von Personen in den gebracht. Ergebnis: An schönsten Sommertagen arbeitet der arme Kesselschmied unter diesem Indianerzelt bei künstlichem Licht. Ob der „Organisator“ einen Orden bekommt, ist der Arbeiterschaft nun gerade nicht bekannt, sie gedenkt aber den Literaturhistoriker zu ihnen, welcher ihr in der Volkshochschule erzählt, die Geschichte des fensterlosen Rathauses in Schilda sei eine humorvolle Erfindung des deutschen Volkes. Das Indianerzelt in der Jugend hat scheinbar mehr Eindrücke hinterlassen, als das Studium der wissenschaftlichen Betriebsführung.

In Wittenberge kommt der Amtsvorstand auf den gewiß lobenswerten Einfall, im Drehereisaal ein Oberlicht zu machen. Vergebung der Abbrucharbeiten des alten Daches an den Privatunternehmer und prompte Erledigung geht reibungslos vor sich. Mit dem Aufbau hapert es aber um so gründlicher, denn es ist nur ein Drittel des nötigen Glases bestellt worden. Um Regen und Wind abzuwehren, müssen wieder Wagendecken angewandt werden. Unter dem Flattern des Zeltdaches geht die Arbeiterschaft in den Winter.

Schlimm wird die Sache, wenn man die Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts betrachtet. Eine Anzahl von Referenten hat darüber zu wachen, daß die Aufgabe auch vom „Zuständigen“ erledigt wird. Nach Beendigung des Ruhrkampfes wird über die Zuständigkeit ein Drama zu schreiben sein.

Doch ein typisches Beispiel: Die Reichsbahn besitzt eine Reihe von Kesselwagen. Daß zu ihrer Beobachtung und Erhaltung ein Stab von Beamten notwendig ist, begreift „in seiner Einfachheit auch ein kindliches Gemüt“. Außerdem gibt es aber auch noch Leute kesselwagen. Die Anzahl ist relativ verschwindend. Aber der Zuständigkeitszwang erfordert im Reichsfinanzministerium einen Stab von Referenten, welcher auch über die Kesselwagen nachdenkt. Man hat allerdings noch nichts von einem Schiedsgericht über die Klärung der verschiedenen Ansichten gehört, aber man kann doch den Komiker verstehen, der immer wieder behauptet: „Er wundert sich über gar nichts mehr.“

Die Unmöglichkeit der Fortdauer der heutigen Finanzzustände wird auch von der Bürokratie anerkannt. Innerhalb der Bürokratie wird den Juden und Arbeitern die Schuld gegeben. Besonders in den Tagen der Ermordung Rathenaus war dies Gespräch allgemein beliebt. Aber der endgültige Zweck der Republik und der Verfassung ist die Erhaltung der Geschäftsanweisung nach dem Grundsatz des Aktienbuchs.

Es wird jetzt zur Behauptung der Arbeit aufgerufen und mehr Leistung von der Arbeiterschaft verlangt. Die Arbeiterschaft will etwas leisten, will allerdings auch für diese Leistung bezahlt werden und kann es nicht einsehen, daß bei denjenigen, die sie zur Leistung auffordern, das Leistungsprinzip nicht gilt.

Die Arbeiterschaft und mit ihr der übergroße Teil der Betriebsbeamtenschaft hat es endgültig satt, unter allen möglichen Kontrolleinrichtungen zu arbeiten, während ein anderer großer Teil berechtigt ist, eine jede Leistungskontrolle als beleidigend zurückzuweisen.

Soll, damit Volk und Republik gerettet wird, eine neue Währung auf dem Plan erscheinen, muß neben den außenpolitischen Selbstverständlichkeiten die Republik auch den Mut aufbringen, von ihren Beamten das Leistungsprinzip zu fordern. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn dieselbe Dienstleistung an einem Ort nach Besoldungsgruppe III und an einem anderen nach VII bewertet wird.

Das ganze Gerede von Demokratisierung, Modernisierung der Verwaltungen und Behörden ist blühender Unsinn, solange die Paragraphen des Reichsbeamtenrechts, welche für ein kaiserliches Deutschland gemacht, gelten. Man kann heute zum Beispiel keine überflüssige Stelle streichen, solange der ganze Berufsbezirk notwendig ist. Es ist heute unmöglich, einen Unfähigen zu beseitigen; es muß eine Stelle von

gleichem Einkommen und gleicher Würde für ihn ausfindig gemacht werden. Das Wort, welches bei der Diskussion über die Fähigkeiten eines Beamten angewandt wird: „Den müssen wir die Treppe herauffallen lassen“, ist wahr und ein Schlag ins Gesicht der Arbeiterschaft, von der man Arbeit und noch einmal Arbeit verlangt.

Diese Ausführungen haben den Zweck, die Debatte über die Reform des Beamtenrechts zu eröffnen. Die Betriebsräte sollten an der Abtötung dieser Mängel mitarbeiten. Decken sie einen Fehler auf, wird ihnen die Auslösung darüber verweigert, weil es zu einer Verwaltungsangelegenheit gestempelt ist. Es bleibt also leider nur übrig, von außen her die Fenster einzuwerfen, damit auf diese Weise etwas Luft in den Bau kommt.

Deutschnationaler Patriotismus.

Sie wollen dem Staat nicht helfen.

Alles patriotische Geschrei, alles Gerede von Staatsgefinnung und Vaterlandsliebe kann bei den Deutschnationalen, hinter denen in diesem Falle große Teile des Besitzes stehen, die wachsende Abneigung dem Lande in der höchsten Not zu helfen, nicht mehr verbergen. Es ist ein gleichermassen beschränkendes wie widerliches Schauspiel zu sehen, wie diese Kreise, die noch niemals ernsthaft ein Opfer für ihr Land gebracht haben, deren ganze Leistung im kurzfristig beschränkten Zugrunden der Deutschnationalen bestanden hat, sich jetzt hinter den althergebrachten Redewendungen vom „marxistischen Programm der Regierung“, der angeblichen „Vernichtung des Besitzes“ usw. verstecken, um ihre Steuerhosen und ihren Kirchenturnsegoismus zu verstecken. Die Junker sind darin nicht um ein Deut anders als die Herrschaften von Tuntenhäusern. Aus Kreisen der deutschnationalen Parteileitung wird dem „Tag“ eine lange Zuschrift übermittelt, die diesen vaterlandlosen, stumpfsinnig-egoistischen Besitzstandpunkt zur Genüge charakterisiert. Es wird geklagt, daß Zeigner es als notwendige Aufgabe bezeichnet habe, die Macht des Staates gegenüber den großen Wirtschaftsverbänden durchzusetzen. Die Erfassung der Devisen und Sachwerte beginne (surchtbar!), um sie in den großen Defizitkopf des Reiches zu werfen:

„Damit aber noch nicht genug. Die letzte Rede des Reichsfinanziers Dr. Stresemann vor den Pressevertretern Berlins kündigte die Behauptung jeden produktiven Besitzes mit einer ersitzlichen Zwangshypothek an, die zugunsten einer internationalen Treuhandgesellschaft geschaffen werden soll. Der Zweck der Treuhandgesellschaft wird sein, die Annuitäten aufzubringen, durch welche die Reparationszahlungen verzinst und amortisiert werden sollen. Das heißt doch, daß auf Kosten des Besitzes die Reparationsfrage direkt gelöst werden soll und nicht, wie noch im Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni vorgelesen, indirekt durch eine internationale Anleihe, für welche der deutsche Privatbesitz neben dem Reichsbesitz garantieren sollte.“

Das von Dr. Zeigner verkündete Programm der Sozialdemokratie wird also verwirklicht. Die Reparationsfrage wird auf Kosten des großen Besitzes gelöst, die Macht des Staates gegenüber den Wirtschaftsverbänden wird durchgesetzt, indem der bankrotte Staat selbst die Schaffung der Geldwährung unternimmt, und sie nicht den Wirtschaftskräften überläßt, die allein innerhalb und außerhalb Deutschlands noch Vertrauen genießen. Das heißt, der bankrotte Staat reicht alles an sich, um der sozialdemokratischen Theorie „Erfassung der Sachwerte“ zu einem betrügerischen Scheinleben zu verhelfen.

Während so der Besitz zugrunde gerichtet werde, weigere sich die Arbeiterschaft, irgendwelche Opfer für die Produktionssteigerung zu bringen. Frankreich gegenüber werde man sich doch nicht durchsetzen und innenpolitisch kapitulieren man vor den „Marxisten“. Uns scheint, daß mit diesen Phrasen die Deutschnationalen nur allzu willig offenbar vor der deutschvölkischen und der hitlerischen Bürgerkriegsagitation kapitulieren. Man mag die Realität

erklaunlich finden, die in dem so ganz und gar unpolitischen Gedankengang zum Ausdruck kommt, als ob das Bürgerkriegsperiment die Position der Herren Junker verbessern werde, aber man muß feststellen, daß in Deutschland nun einmal offensichtlich weite Kreise des Bürgertums diesen Charlatanerien nachlaufen und an ihrem Teile alles tun, um die radikale Entwicklung in Deutschland zu fördern. Die immer offener Sprache der Deutschnationalen zeigt, was von ihrer heuchlerischen Parole „Das Vaterland über die Partei“ zu halten ist. Sie sollten offen und ehrlich lieber zugeben, daß ihre Parole von jeher und auch heute noch die alte ist: Das Portemonnaie über das Vaterland.

Deutschvölkische Korruption.

Die Leitung der „Deutschvölkischen Bank“ sendet uns eine Erwiderung auf unsere Angaben über die inneren Zustände in diesem Unternehmen, die von der Leitung vorsichtshalber nicht einmal als eine Berichtigung bezeichnet wird. In der Tat bedeutet das Schreiben nur eine Befähigung der scharfen Auseinandersetzung in den Reihen der Deutschvölkischen und sehr nur gegen die Behauptung der Opposition die Gegenbehauptung der Leitung, ohne irgendwelche Einzelheiten zu berühren. Die Geschäftsführung der Bank sei einwandfrei, der Vorstand habe sich keine unerlaubten Vermögensvorsprünge verschafft und die Gerichte über das Vorleben des 1. Vorstandsmitgliedes seien falsch. Alles in allem wird es wohl so sein wie im heineschen Biede, wo sie beinahe alle beide trinken.

Bergarbeiterdemonstrationen.

Bochum, 17. September. (II.) Wie bereits am Samstag, so kam es auch heute hier zu Demonstrationen der Arbeiter der umliegenden Werke wegen der katastrophalen Zahlungsmittelnot und der Lebensmittellieferung. Von 10 Uhr vormittags an zog eine Belegschaft nach der anderen aus der Umgebung im Grubenkleid mit Grubenlampen in der Hand in die Stadt zum Rathaus vorbei. In den umliegenden Straßen konnte sich kaum der Verkehr entwickeln. Gleichzeitig waren die Wirtschaften zum Protest gegen die ihnen von den hiesigen Brauereien aufgezogene tägliche Berechnung des Bieres in Dollar geschlossen. Die Kundgebungen dauerten bis in die Mittagsstunden hinein und verliefen völlig ruhig, ebenso wie die ihnen auf dem Wilhelmplatz folgende öffentliche Versammlung der Demonstranten. Deputatationen wurden bei der Stadterwaltung vorstellig, damit diese die Werte zur Auszahlung einer größeren Lohnsumme bewege.

Ein Visum eine halbe Goldmark.

Münster, 17. September. (II.) Wie verlautet, beträgt die für ein französisches Visum zu entrichtende Gebühr eine halbe Goldmark.

Die Notlage der Sozialversicherung.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten sollte die Neuordnung der Renten und Zulagen in der Unfallversicherung behandelt werden. Nach einem Beschluß des Ausschusses vom 22. März 1923 hatte die Reichsregierung die Frage zu prüfen, ob die Gewährung von Zulagen in der Unfallversicherung nicht auf eine andere Grundlage gestellt werden könne, so daß die Unterstützungslieferung mehr nach dem Grundsatz des Schadensausgleichs zu erfolgen habe. Die Reichsregierung legte hierzu nunmehr eine Denkschrift vor, in der sie die Möglichkeit einer besseren Regelung der Unfallversicherungsrenten erörterte.

In Anbetracht der gesamten politischen Aufgaben und des stetig fortschreitenden Währungsverfalls sah nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte der Ausschuß jedoch davon ab, jetzt Einzelheiten der Unfallversicherung zu besprechen, sondern wandte sich in vertraulicher Aussprache den dringendsten allgemeinen Fragen der Sozialversicherung zu.

Berichtigung. In den heute von uns wiedergegebenen Ausführungen des „Sozialdem. Parlamentsdienstes“ über aktive Außenpolitik muß es an Stelle der Worte „Abbau des Ruhrkonflikts“, wie schon aus dem Zusammenhang ersichtlich, „Abbau der Ruhrkredite“ heißen.

Werkbund erwartet von Regierung und Parlament, daß sie, trotz der Notlage des Reiches, erneut in großzügiger Weise die Mittel bereitstellen, die den Zwecken der Volksgemeinschaft einigermassen gerecht werden.

Der zweite große Vortrag von Emil Breetorius gab eine Analyse der Wertung der Natur im künstlerischen Schaffen. Bei einer kritischen Haltung gegenüber den Verfallserscheinungen der modernen Kunst erhofft der Münchener Künstler zuverlässig ein entscheidendes Wort gerade von der deutschen fehsüchtigen imaginations Kunst.

Die Erhaltung des Kormorans. Der Kormoran, ein Vogel, der in China und Japan vielfach zum Fischfang abgerichtet wird, kommt auch in Deutschland vor, aber er ist sehr selten. Es bestand sogar Gefahr, daß dieser nur an der Ostseeküste hier und da brütende Vogel in kurzer Zeit bei uns aussterben würde. Die Naturfreunde haben deshalb ihr Augenmerk auf die Erhaltung des Kormorans gerichtet, und es scheint jetzt in der Tat, daß die Erhaltung des Kormorans vorläufig gesichert ist. So teilt der Forstmeister Gieseler in Laberbrück bei Osterode (Ostpreußen) mit, daß auf dem Lindenwerder im Mähringsee lethhin 39 Kormoraner festgesetzt werden konnten; im Jahre 1921 waren es nur sechs. Die dicht bemaldete und seit nie betretene kleine Insel in dem abgelegenen See ist überhaupt eine wahre Zufluchtsstätte für seltene und gefährdete Vogelarten. Man findet dort Horste von Seeadlern und Fischweihern, ferner in den Wäldern, die den See umgeben, den sehr seltenen, im Walde nistenden Schwarzstorch, den Wanderschnepfen und andere lebende Raritätenmäler. Der Besitzer, Amtmann Görz auf Ziegenberg, ist ein eifriger Naturforscher, ebenso der bereits genannte Forstmeister Gieseler. An der Hölse gibt es in Pommeren noch einige Kormoraninseln, doch hält man darauf, daß diese in weiteren Kreisen nicht erst bekannt werden, weil sonst Störungen durch Eierfresser und Wildfreuler zu befürchten sind.

Spielplanänderung. Die Uraufführung von „Schneeflöckchen“ in der Volkshochschule von Sonnabend auf Donnerstag, den 27. September verlegt werden. (S. 1. S. 1. S. 1.)

Aus der Bühnenswelt. Die „Troppe“, die neugegründete Schauspielgesellschaft, wird bereits von Delegation bedroht. Johann Döler, Art. Kestner, Paul Bildt wollen nach Ablauf ihrer Verpflichtungen aussteigen.

Das Schloßpark-Theater in Berlin-Steiglitz wird unter der Direktion Albert Verhöldts am 20. Sept. mit einer Reuinszenierung von Goethes Faust I eröffnet. Der Stil der Aufführung wird auf die Art der mittelalterlichen Holzschnitte sein.

Vorträge. Theodor Eliassensofer veranstaltet im Rahmen der Humboldt-Hochschule einige Dichtabend; zum Vortrag gelangen Nietzsche, Tagore, Dante, Hölderlin und Stefan George. Anschließend gelangt ein „Kunst-Platz“ in fünf Abenden statt.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten im Grabe des Tutankhamun. Der englische Ägyptologe Howard Carter, der mit dem verstorbenen Lord Carnarvon zusammen die Gräber im Grabe des Pharao Tutankhamun entdeckte, wird demnächst die Ausgrabungen im Tal der Königin bei Luxor wieder aufnehmen. Anfang Oktober hofft Carter zu der letzten Kammer des Grabes nachzugehen zu können, um den Sarkophag zu untersuchen, in dem man die Mumie des Pharao zu finden hofft.

Selbsthilfe für Bücherkäufer.

Von Dr. Victor Engelhardt.

Wie kann dem Bücherkäufer bei täglich Millionen steigender Indeziffer geholfen werden? — Zunächst jedenfalls gar nicht. Das ist klar. Seine Not ist ein Teil der durch die Entwertung des Zahlungsmittels hervorgerufenen Katastrophe. In einer Zeit, in der es sich darum handelt, vorerst einmal über die nächsten Wochen hinwegzukommen, wird man Bücherkäufe einstellen müssen.

Lange darf dieser Zustand aber nicht währen, sonst geht es mit der Kultur rasend bergab. Mander Buchhändler wird schon in der Zwischenzeit — in der Zeit des Stillstandes — zugrunde gehen. Ihn trifft das harte Schicksal, das diesen früher, jenen später zum Opfer einer Zeit macht, die unbedingt durchgreifende Wandlungen fordert. Des Buchhändlers Ende, so grausam es sich im einzelnen Falle abspielen mag, aber wird erweisen, daß er eine Erscheinung ist, die überwunden werden kann. Der Buchhändlererrabatt beträgt 30–40 Proz. Man denke, — vom Buchpreis entfällt ein Drittel und mehr auf den Zwischenhändler, — in den Rest müssen Autor, Verleger, Papierlieferant, Buchdrucker, Buchbinder und Transport sich teilen. In der hohen Rabattzahl liegt kein Wunder. Der Buchhändler muß nicht unbedingt reich werden, — nein — die hohe Rabattzahl ist nur ein Zeichen für die schlechte Ökonomie des Gewerbes. Der Bücherkäufer trägt nicht nur die Produktionskosten einschließlich Verlegerzinsen, sondern auch das Buchhändlerzins, das im Wertescheiden eines großen Teils des Lagers besteht. Das ließe sich vermeiden, — wenn der Sortimentler verschwindet und der Käufer direkt vom Verleger bezieht.

Man wende nicht ein, das ginge nicht. Es geht — schon jetzt. Jeder ernsthafte Bücherkäufer wird wissen, daß man 50 Proz. der Werke nicht auf Lager findet, sondern erst durch den Buchhändler bestellt. Das könnte doch ebensogut direkt beim Verleger geschehen. Nebenbei mögen — im vornehmen Westen — für die, welche Bücher wie andere Luxuswaren kaufen, die in die Buchhandlung gehen, ohne zu wissen, was sie eigentlich wollen, immerhin ein paar Sortimentler bestehen bleiben. An alle anderen Käufer kommt der Verleger durch Ausbau der schon jetzt üblichen Mittel — Anzeigen, Rezensionen, Musterlager in größeren Städten usw. — heran.

Organisationen sind nicht nötig. Alles kommt von selbst, wenn sich der Verleger entschließt, dem direkten Käufer denselben Rabatt zu gewähren wie dem Vermittler. Auf einen Klientenkampf zwischen Verleger und Sortimentler läuft der Vorschlag hinaus. Zum Wohle des ernsthaften Buchkonsumenten muß er durchgeführt werden.

Die Forderung ist auf keine Weise utopisch. Sie verlangt nicht mehr, als daß gewisse, schon jetzt vorhandene Reime zum Ausreifen kommen. Viele wissenschaftliche Verleger räumen den Autoren das Recht ein, ihren Schülern die Bücher zu ermäßigtem Preis zu besorgen. Ein anderer Verleger verleiht heute Prospekte, in denen er ankündigt, daß er bei einer Einzahlung bis zum 10. und 10. vielen

des Monats die heute geltende Schlüsselzahl rechnet, — von der inzwischen eintretenden Steigerung also absehen will. Das ist nichts anderes als eine verschleierte Form des Rabatts bei direkter Lieferung.

Wie man den Antiquariatsbuchhandel umgehen könnte, habe ich an dieser Stelle (am 8. November 1922) schon einmal ausgeführt. Neue Zeiten verlangen neue Formen. Wirtschaftliche Not muß die Entwicklung beschleunigen. Auf dem Gebiete geistiger Produktion dürfte die Ausschaltung des Zwischenhandels am leichtesten sein. So sei sie vollzogen. Eine Umgestaltung des Verlagswesens selbst liegt — als fernerer Schritt — noch in der Zukunft.

Die Werkbund-Tagung in Weimar.

Unter sehr starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches hat in den letzten Tagen der Deutsche Werkbund in Weimar seine diesjährige Tagung abgehalten. Die Bauhaus-Ausstellung bildete den Hintergrund der lebhaften Aussprache über die künstlerische, erzieherische und technisch-ökonomische Lage der deutschen Kunst- und Handwerksentwicklung. Der Leiter des Bauhauses, Walter Gropius, gab eine programmatische Darstellung seines Berufs und seiner Ziele; in der sehr lebhaften Aussprache, die ebenso entzündete Anarisse als starke Zustimmung zu Gropius' Werk brachte, sprachen Künstler, Handwerker, Industrielle, Anhänger alter und neuer Richtung. Das Ergebnis sahte der 2. Vorsitzende des Deutschen Werkbundes, Brudmann, dahin zusammen, daß der Deutsche Werkbund die Weiterführung der Gropius-Arbeit moralisch und sachlich stützen werde. Denn obwohl bei Einzelheiten des „Haus“ die künstlerischen Meinungen weit auseinander gingen und die Reigung zum Ungewöhnlichen etwa bei der aussehbar Lampe, den großen Drehfenstern aus Spiegelglas und dergleichen, das Fehlen von Vorhängen und Bildern als Verletzung von überkonstruktiver Gesinnung, als Ueberbetonung des verstandesmäßigen Charakters kritisiert wurde, fand im ganzen die Leistung und das Ziel von Gropius viele Billigung. Die Beteiligung von Künstlern wie Dr. Dr. Riemerschmid, Hartung, Henning von der radikalen Seite, dann von Handwerkern wie Schramm und Marcks, von Fabrikanten, von Kunstkritikern hob die vielstündige Debatte auf eine Höhe, die an die besten Werkbundzeiten erinnert. In der Mitgliederversammlung kam es zu lebhaften Erörterungen über die Arbeit und Gesamthaltung der Werkbundleitung. Der Vorstand, der bemüht sein muß, junge Kräfte in sich aufzunehmen, wurde durch Vorschläge aus der Versammlung, namentlich durch eine Anzahl von Künstlern jüngerer Richtung, ergänzt. Neu treten in den Vorstand ein u. a.: Prof. Friedrich Rohrs in Königsberg, Hans Scharoun in Jüterburg; Joh. Mariens, Architekt und Keramiker in Bunsau, Kurt Essler in Dessau, der Bildhauer Alfiker in Dresden, Stoffregen in Berlin, Bernhard Stadler-Paderborn, der Stettiner Museumsdirektor Kiesler, General-Lonjuf Kofelius-Bremen.

Angenommen wurde eine Resolution gegen die mechanische Anwendung der Lohnsteuer. Eine weitere Resolution begrüßt die Schaffung der „Kunstgewerkschaft der Kunst“ als würdevollen Versuch, das deutsche Kunstleben in der Katastrophe zu stützen. Der

Deutschlands Lage verzweifelt.

London, 17. September. (W.B.) „Wall Mall Gazette“ beginnt heute mit der Veröffentlichung einer Artikelserie ihres nach Deutschland entsandten Sonderberichterstatters über die dortige Lage. Der Beobachter kommt zu dem Schluß, daß die Lage Deutschlands verzweifelt ist und daß keinerlei Anzeichen für eine Aenderung zum Besseren vorhanden sind.

Poincaré und Baldwin frühstücken morgen, Mittwoch in Paris beim englischen Botschafter. Am kommenden Sonntag spricht Poincaré bei drei Einweihungsfeiern, eine davon übrigens im blutgedüngten Pflanzengarten.

Paris, 18. September. (W.B.) Zu der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré schreibt „Petit Parisien“: Die Begegnung dürfte nicht lediglich den Charakter eines einfachen Höflichkeitsbesuches haben; freilich dürfte man von dieser Unterredung auch nichts erhoffen, was sie nicht bringen könnte. Nur einige Wochen, sagt das Blatt weiter, trennen uns von dem letzten Notenaustausch, der die Uneinigkeit der französischen und englischen Regierung über die Gesamtheit des Reparationsproblems und der Ruhrbesetzung offenbart hat. Seit dieser Zeit hat sich

keine Tatsache von irgendwelcher Bedeutung ereignet. Die Verhandlungsangebote, die in der letzten Zeit von Berlin gekommen sind, seien kein Ereignis, da der deutsche Reichstag versäumt habe, zu äußern, daß er bereit sei, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben. Da sich die Lage nicht geändert habe, könne man nicht erleben, inwiefern Poincaré oder Baldwin ihre Stellung ändern könnten, aber es sei gut, daß sie sich kennen lernten.

Nach dem „Petit Parisien“ soll Baldwin den Männern seiner Umgebung erklärt haben, man könne die Entente nicht so wieder aufrichten, wie sie sein sollte, wenn man nicht damit beginne, die Beziehungen des Vertrauens zwischen der englischen und der französischen Regierung wiederherzustellen, die die englisch-französische Freundschaft vor und während des Krieges so mächtig gemacht hätten. Die ehemaligen Beziehungen seien ins Wanken geraten, man müsse sie aufs neue herstellen, wenn man wolle, daß die Zukunft besser werde.

London, 18. September. (W.B.) „Westminster Gazette“ schreibt, es könne nicht erwartet werden, daß zwischen Baldwin und Poincaré eine erste Erörterung des Ruhrproblems stattfinden, denn aus den letzten Reden Poincarés gehe hervor, daß die

Aussicht auf ein Uebereinkommen so gering wie nie sei. Es sei anzunehmen, daß Baldwin nach seiner Rückkehr das Kabinett einberufen werde. — Ebenso pessimistisch schreibt der „Daily Telegraph“.

Primos Diktaturprogramm.

Madrid, 17. September. (W.B.) General Primo de Rivera hat Pressevertretern eine Erklärung abgegeben, worin er unter anderem sagte, daß er nicht die Absicht habe, dem italienischen Faschismus nachzuziehen, obwohl er persönlich aus der Tätigkeit Mussolinis wertvolle Lehren geschöpft habe. Was Marokko anlangt, werde er nicht gestatten, daß über diese Angelegenheit zu viel gesprochen werde. Ein Problem, das durch die Waffen und durch die Diplomatie gelöst werden müsse, könne nicht dadurch gewinnen, daß es vor die Öffentlichkeit gebracht werde. Er habe keine Lust zu erschöpfen. Wenn aber das Gericht einen Schuldigen zu einer Strafe verurteilen würde, so werde er dieses Urteil vollstrecken. In Marokko werde die neue Regierung sofort eine Offensive eröffnen, und zwar im Abschnitt von Melilla. Sie werde den Vertrag mit Kaulisi aufrechterhalten, aber mit Abd el Krim keinen Vertrag abschließen. Die Regierung werde Wahlen zu einem neuen Parlament vornehmen, dessen Auftrag es sein werde, Spanien eine neue Ordnung zu geben. Im Innern die Ordnung aufrechtzuerhalten, werde die Regierung eine Bürgerwehr von 450 000 Mann organisieren. Die Regierung werde nicht gestatten, daß die Bande, die das spanische Vaterland zusammenhalten, gelockert werden. (Dies richtet sich gegen die Autonomisten Katalaniens. Red.) Für ganz Spanien dürfe es nur eine Fahne geben, nämlich die spanische.

General Rivera erklärte am Montag den Zeitungsdirektoren, daß seine Regierung das Ziel verfolge, die Gewohnheiten und Methoden des spanischen politischen Lebens vollständig zu ändern. Die von ihm geleitete Bewegung sei nicht deutschfreundlich (wie der geflüchtete Außenminister Alba in Frankreich behauptet haben soll. Red.); es sei bekannt, daß er während des Krieges französisch freundlich gewesen sei. Er besitze die französische Ehrenlegion und sei auf diese Auszeichnung stolz. Er habe während des Krieges fortwährend die von Deutschland angewandten Methoden getadelt und sei noch jetzt überzeugt, daß Frankreich und die Alliierten kämpften, um das Recht und die Gerechtigkeit zu verteidigen. Er habe bei Prüfung der Handelsverträge zahlreiche Mißbräuche festgestellt, z. B. sei der Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten ganz unzulässig. Wenn man bedenke, daß ein spanisches Parlament einen solchen Vertrag gutheißen konnte, so müsse man erkennen, daß die Auflösung dieses Parlamentes eine ganz unentbehrliche Maßnahme gewesen sei.

Der Ministerpräsident stellt sich.

San Sebastian, 18. September. (W.B.) Ministerpräsident Garcia Prieto hat an General Primo de Rivera geschrieben, daß er sich von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen reinwaschen wolle. Er verlange unverzüglich von irgendeinem Gericht, wegen dessen Zusammenfassung er keine Vorbehalte mache, abgeurteilt zu werden. Er beziehe sich, mit seiner Familie nach Madrid zurück zu kehren.

Ämliche Devisenkurse.

	18. September		17. September	
	Käufer (Weiß) Kurs	Verkäufer (Weiß) Kurs	Käufer (Weiß) Kurs	Verkäufer (Weiß) Kurs
1 holländ. Gulden	58852500	59147500	51870000	52170000
1 argent. Pap.-Peso	40276500	40523500	42892500	43107500
1 belgischer Franc	7182000	7218000	6284250	6318750
1 norweg. Krone	23940000	24080000	21147000	21253000
1 dänische Krone	27132000	27268000	23740500	23850500
1 schwedische Krone	39700500	39890500	35112000	35288000
1 finnische Mark	3960000	4010000	3551100	3589900
1 japanischer Yen	71820000	72180000	64330000	64581000
1 italienische Lire	6583500	6618500	5785500	5814500
1 Pfund Sterling	67830000	68170000	59550000	60150000
1 Dollar	14960625	15037500	13188950	13253050
1 französisch. Franc	8578500	8621500	7581000	7610000
1 brasilian. Milreis	14463750	14537250	12067500	12082500
1 Schweizer Franc	28334000	28460000	23541000	23650000
1 spanische Pieta	20149500	20256500	17755500	17844500
10 österr. Kr. (gefl.)	214462	215538	187590	188470
1 tschechische Krone	4485750	4511250	3960000	4010000
1 ungarische Krone	7580	7620	7182	7218
1 bulgarische Leva	1416450	1429550	1276800	1283200
1 jugoslaw. Dinar	1506000	1504000	1416450	1423550

Keiner kann kaufen.

Die Not steht uns bis zum Hals. Unsere Währung liegt in den letzten Zügen und stuchtartig vollzieht sich die Abkehr von der Mark. Die Millionen schwinden uns aus den Fingern. Gehen wir ein-kaufen, merken wir, daß wir nur Nullen sind und Nullen haben. In den Geschäften, die nicht Lebensmittel führen, sehen wir nur Täfelchen mit Nullen, die „malgenommen“ werden. Doch derartige Anstrengungen nützen wir unserm Kopfe gar nicht mehr zu.

Kauflustig ist man schon, aber man hat kein Geld, schaulustig ist man auch, doch magt man heute kaum mehr in ein Warenhaus zu gehen; denn darin herrscht jetzt eine eigentümliche Luft. Früher ging man ungeniert durch Schaufenster, schaute und schaute und wurde selbst kaum angeschaut, schob und wurde geschoben. Heute ist man sogleich allgemeiner Augenpunkt. Mehr als eine kleine Verkäuferin fragt freundlich nach Wunsch und Begehrt. Mehr als ein Herr ist liebenswürdigerweise bereit, einem den Weg zu zeigen. Es wird einem ganz beklemmend zumute, es kommt einem vor, als würde man verfolgt, in Wirklichkeit ist jedoch alles dies weil man der Kunde ist.

Leer ist das Kaufhaus, leer in allen Etagen, nur vor dem Lebensmittelstand sieht man einige Frauen. Ein Herr, sicher etwas Höheres, geht neue Preise fest, eine Verkäuferin nimmt von den Preiserhöhungen schriftlich Notiz. Sonst träumt man vor sich hin, Wissenswertes mitzuteilen hat man nicht mehr, es ist gegenwärtig genügend Zeit vorhanden, um sich auszupredigen. Soll man ein Buch lesen? Das macht einen zu schlechtem Eindruck. Ein Fräulein ruft: „Es geht doch nichts über ein ruhiges Geschäft“. Aber sie schließt beinahe weinerlich dabei, sie will ja auch nur zeigen, daß sie den Galgenhumor noch nicht verloren hat.

Unerschwingliche Kohlen-Goldpreise.

Drohender Zusammenbruch der städtischen Werke.

Der Magistrat hat, wie wir heute früh mitteilen, beschlossen, für die gesamten städtischen Werke eine städtische Aktiengesellschaft zu schaffen, doch ist es nach dem augenblicklichen Stande der Dinge sehr fraglich, ob man in einigen Wochen noch seitens der Stadt in der Lage sein wird, die Werke überhaupt erhalten zu können. Die Berliner Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerke befinden sich in einer Krise, die so ernst ist wie keine der vorangegangenen.

Bekanntlich sind die Werke vollkommen von der Kohlenbelieferung durch die rheinisch-westfälischen und die früher ober-schlesischen, jetzt polnischen Bauen abhängig. Die Zechen verkaufen die Kohle nach Goldpreisberechnung und verlangen allwöchentlich Vorauszahlungen, ehe die Lieferungen ausgeführt werden. Die Tarifierhöhungen in den letzten Wochen, die infolge des rasenden Marksturzes nötig waren, um wenigstens den größten Teil der Werksausgaben zu decken, haben jedoch schon jetzt die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in einer Weise beeinträchtigt, die für die Zukunft die schwersten Bedenken als gerechtfertigt erscheinen läßt. Bei den Gas- und Elektrizitätswerten ist der Konsum um über 25 Proz. gegenüber den Vormonaten zurückgegangen, obwohl im Monat September, wenn die Lage anfangen, kürzer zu werden, sonst eine nicht unerhebliche Steigerung des Verbrauchs eingetreten ist. Hierzu kommt aber auch eine Störung der Zahlungen, die in dieser Zeit der rasenden Wertung zwar verständlich ist, die aber auf der anderen Seite die Finanzen der städtischen Werke und darüber hinaus auch der privaten Gasbetriebsgesellschaft zerrütten muß, wenn nicht grundlegend eine Aenderung in der Kohlenbeschaffung und in der Bezahlung dieses wichtigsten aller Rohprodukte eintritt. — Die Dinge liegen so, daß in absehbarer Zeit weder die städtischen Werke noch die private Gasbetriebsgesellschaft in der Lage sein werden, die Goldmarkbeträge für die Kohlenbeschaffung aufbringen zu können, und die natürliche Folge wäre dann, daß die Zechen vorläufig sich nicht zu Krediten verstehen wollen, der Zusammenbruch dieser lebenswichtigen Unternehmungen. Die Werksleitungen haben sich, wie wir hören, nochmals mit einem Hilferuf an den Reichstanzler, den Reichswirtschaftsminister und den Reichskohlenkommissar gewandt und unter Vorlegung aller dieser Gründe darauf hingewiesen, daß die Goldpreisberechnung für die Kohle das Ende der Wirtschaftlichkeit aller dieser Unternehmungen bedeutet. Bei dem augenblicklichen Dollarkurs, der notwendigerweise eine Verdoppelung der Werttarife bedingt, da die letzten Kalkulationen auf einem Dollarkurs von 100 Millionen aufgebaut waren, müßten die städtischen Werke und die privaten Gesellschaften ihre Preise für diese Woche um weitere 100 Proz. heraufsetzen. Es liegt klar auf der Hand, daß eine solche Maßnahme von der gesamten Verbraucherschaft nicht mehr ertragen werden könnte.

Ein Zentner Briketts zirka 50 Millionen.

Infolge der ab 17. d. M. eingetretenen Erhöhung der Zechenpreise und Bahnfrachten ist eine entsprechende Heraushebung der Kleinverkaufspreise für Briketts und Koks erforderlich geworden. Diese stellen sich vom 18. d. M. wie folgt: Kichen und Ofenbrand je Zentner Briketts ab Lager 47 620 000 M., frei Keller 49 760 000 M., Gaskoks ab Lager 116 910 000 M., frei Keller 119 370 000 M.

Markenpreis Brot fast 10 Millionen Mark.

Wie der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, beträgt der Preis für das markenfreie Brot ab Mittwoch, den 19. September, 9800000 Mark und für die markenfreie Schrippe 4500000 Mark. Die Preise für die übrigen Gebäcksorten werden entsprechend erhöht. So kostet z. B. ein Stück Fleischchen 1 Million Mark.

Wie man einen Arbeiter behandelt.

Ein von der Berliner Materialfirma Fischer u. Kay (Indauer Str. 8) wegen angeblichen Arbeitsmangels entlassener Gehilfe hat bei dem Versuch, in den Besitz seines Steuerbuches zu gelangen, merkwürdige Erfahrungen gemacht. Da die bei der Entlassung verordnete Herausgabe des Steuerbuches reichlich drei Wochen später noch nicht erfolgt war, schrieb er an die Firma auf einer Postkarte: „Ersuche Sie, sofort mir mein Steuerbuch zuzuschicken. Es dürfte Ihnen ja bekannt sein, daß Sie bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses sofort Geld und Papiere zu übergeben haben. Jetzt sind bereits drei Wochen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses verstrichen und ich habe bis heute weder Marken noch Steuerbuch erhalten. Sollte ich bis Freitag abend nicht im Besitze desselben sein, werde ich andere Schritte unternehmen und Sie für die Schäden, die mir entstehen, verantwortlich machen.“ Am folgenden Tage traf bei dem Markenden ein Brief ein, er ließ ihn aber wegen unvollständiger Frontierung zurückgehen, da er das habe Strafpapier nicht zahlen wollte. Nach weiteren drei Tagen kam dann keine Postkarte an ihn zurück, aber zerrissen und mit einem darunter geschriebenen „Fleget“. Der Unterzeichner hat recht daran, nichts weiter hinzuzuschicken. Die so zurückgegangene Postkarte genügt zu seiner Kennzeichnung.

Keine Arbeitsaussichten in Japan.

Von der japanischen Botschaft in Berlin werden mir um Veröffentlichung des Folgenden gebittet: „Die japanische Botschaft gestattet sich, mit Rücksicht auf mehrfach hier eingehende Anfragen von Ingenieuren, Architekten, Technikern, Arbeitern usw. wegen eventueller Beteiligung an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Japan die Bitte an

Sie zu richten, in Ihrem geschätzten Blatte in geeigneter Weise gütigst bekanntzugeben zu wollen, daß nach hier vorliegenden amtlichen Nachrichten die Wiederaufbauarbeiten bereits im Gange sind, und daß hierfür die einheimischen Arbeitskräfte völlig ausreichen.“

Berliner Räuber in der Provinz.

Ein Landjäger und ein Einbrecher erschossen.

Ein schweres Feuergefecht spielte sich am Gute Götzen bei Guben ab. Es wurden dabei ein Landjäger und einer der Verbrecher erschossen, ein zweiter Landjäger schwer verletzt. Von der fünfköpfigen Verbrecherbande wurden zwei weitere festgenommen. Ueber die folgenschwere Schießerei erfahren wir noch folgende Einzelheiten.

In der Nacht zum 14. d. M. drang eine Einbrecherbande in die Gutsräume von Götzen ein und stahl über 200 Millionen Silberfachen. Mit der Beute suchten die Verbrecher sofort das Weite. Da der Einbruch jedoch rechtzeitig entdeckt wurde, konnte sofort eine Verfolgung der Flüchtenden aufgenommen werden, und es gelang den Beamten auch, alle fünf Verbrecher auf dem Bahnhof Götzen zu umstellen. Die Verhafteten wurden in das Stationsgebäude geführt, um dort einem Verhör unterzogen zu werden. Dabei zog einer der Verbrecher ganz plötzlich einen Revolver und schoß einem Landjäger eine Kugel in den Kopf, so daß dieser plötzlich zusammenbrach. Ein zweiter Landjäger wurde ebenfalls durch einen Schuß schwer verletzt. Trotzdem vermochte dieser noch seine Dienstpistole zu ziehen und auf die Verbrecher, die jetzt wiederum die Flucht ergriffen, mehrere Schüsse abzugeben. Einer wurde auch getroffen und brach tot zusammen. Von den Flüchtenden konnte der 35 Jahre alte Eduard Walezed aus der Langer Straße zu Berlin von Eisenbahnbeamten noch gestellt werden. Die übrigen entkamen mit einem Kroschwagen. Jedoch die Polizeibehörde stellte sich sofort mit der hiesigen Kriminalpolizei in Verbindung, und dieser gelang es, gestern abend um 10 Uhr ein weiteres Mitglied der Bande in einem Lokal in der Modallstraße ausfindig zu machen und festzunehmen. Es ist dies ein 24 Jahre alter Arbeiter Franz Kolzad, der sich wohnungslos in Berlin umhertrieb. Er besaß noch über 1 Million bares Geld. Er gibt an, erst vor einigen Tagen aus dem Ruhrgebiet hierher gekommen zu sein. In Wirklichkeit aber gehört er zu einer jener Banden, die sich in Berlin zusammenrotten, um dann irgendwohin aufs Land zu ziehen und Gutsbesitzer zu überfallen und auszuplündern.

Der gestohlene Möbelwagen.

„Staatsanwalts König“ lehrt Streich.

Der berühmte Fuhrwerksdieb Lange, der unter dem Namen eines „Staatsanwalt König“, wie erinnerlich, vor einiger Zeit seine Flucht aus dem Gefängnis bewerkstelligt hatte, indem er den ihm begebenen Gefängniswärter einfach im Vorbeigehen zurief: „Ich bin der Staatsanwalt König“, gab wiederum ein Gastspiel vor der Strafkammer des Landgerichts II.

Lange hatte zusammen mit dem Arbeiter Paul Schur einen beladenen Möbelwagen der Firma Ploss mit fünf Pferden gestohlen. Der Möbelwagen hielt vor einem Hause in der Uhlendstraße und war mit einer Eßzimmereinrichtung von hohem Wert beladen. Als die Arbeiter ein Möbelstück in das Haus trugen, schlangen sich die beiden Angeklagten auf den Boden und trugen in so schnellem Tempo davon, daß ein Sessel aus der offenen Tür herausfiel und in Trümmer ging. Das Fuhrwerk wurde nach Lichtberg in den Bendorfschen Volksgarten gebracht. Hier wurde ein Pferd geschlachtet und der Wagen wurde in einzelne Teile zerlegt und als Altmaterial verkauft. Die Einrichtung kaufte der Inhaber des Volksgartens, der Gastwirt Müller für zwei Millionen Mark, obwohl der Wert 35 Millionen betrug. Das andere Pferd stellten die beiden Diebe im Musikpavillon unter. Dieser Umstand wurde ihnen aber zum Verderben, denn durch das Wiederfinden des Pferdes wurde man auf den eigenartigen Stall aufmerksam. Lange und Schur hatten sich nunmehr wegen Diebstahls und der Gastwirt Müller und seine Ehefrau wegen Hehlerei zu verantworten. Die Angeklagten Lange und Schur kamen mit dem großen Unbekannten und wollten das Gespann und die Einrichtung von einem „Fremden“ zum Kommissionsverkauf erhalten haben. Für das Ehepaar Müller machten Justizrat Hamburger und Dr. Johanning zur Entlastung geltend, daß die Diebe sich dem Gastwirt als Pferdehändler vorgestellt und behauptet hätten, die Sachen frei verkaufen zu können. Da das ganze Geschäft sich öffentlich abspielte, hätte das Ehepaar keine Bedenken gehabt, die Möbel zu kaufen. Das Gericht sprach die Ehefrau Müller frei, Müller dagegen erhielt wegen Hehlerei 6 Monate Gefängnis. Lange wurde zu drei Jahren und Schur zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Schachheim des Berliner Arbeiter-Schachklubs.

Den Arbeiterschachspielern ist es gelungen, im Südosten Groß-Berlins, im Gewerkschafts-Haus, aus eigenen Mitteln ein Schachheim zu eröffnen. Es befindet sich im Saal 3 und ist an jedem Sonntag von vormittags 10 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet. Jedem Liebhaber des edlen Spiels ist dort Gelegenheit gegeben, sich in seiner Spielstärke zu veranschauligen. Für Anfänger stehen Lehrmittel und eine reichhaltige Bibliothek zur freien Verfügung. An verschiedenen Sonntagen der kommenden Herbst- und Winter-spielzeit werden Vorträge am Wandbrett abgehalten, außerdem findet ein Wästelturnier statt, wozu Anmeldungen schon jetzt im Schachheim oder bei dem Unterzeichneten abgegeben werden können. Bei der Anmeldung ist ein Reuegeld zu entrichten, das nach Beendigung sämtlicher Partien am Schluß des Turniers zurückgezahlt wird. Letzter Reuebetrag Sonnabend, den 13. Oktober 1923. Erster Spieltag Sonntag, den 14. Oktober 1923. Gespielt wird nach den Regeln und Bedingungen des Deutschen Arbeiter-Schachbundes. Von der Schachheimleitung sind dazu mehrere wertvolle Bücherpreise aussersehen. Das Turnier ist offen für jeden Schachspieler, welcher nach keinem Schachverein angehört. Die Mitglieder des Berliner Arbeiter-Schachklubs sind verpflichtet, auf dieses Turnier hinzuweisen und lebhaft Propaganda dafür zu entfalten. Darum, Kopf- und Handarbeiter, heraus aus den bürgerlichen Vereinen. Abteilungen des Klubs befinden sich in allen Stadtteilen Groß-Berlins. Nach Bedarf werden Neueröffnungen vorgenommen. Jede gewünschte Auskunft erteilt der Leiter des Schachvereins Richard Scholz, C. 25, Alexanderstr. 9. Berliner Arbeiter-Schachklub, Ost. „Guben“. Der Abteilungsleiter befindet sich jeden Donnerstag 7 Uhr im Lokal „Götzen“, Bahnhofsstr. 22. Für Anfänger Unterricht in Theorie und Praxis kostenlos. Anmeldungen und Reuezahlungen können an jedem Spielabend stattfinden.

Spieler-Rozzia. Aus Anlaß des im Humboldthain in letzter Zeit sich breitmachenden Spielerunwesens unternahm heute nachmittags gegen 5 Uhr die Kriminalpolizei unterstützt durch Schupo und Verwaltungspolizei im Humboldthain eine Rozzia. Es wurden 102 Personen zwangsgestellt, 7 Pankhalter und ein fleckbrieflich Geduldet dem Polizeipräsidenten eingeliefert. Spielgeräte und 87 Millionen Mark wurden beschlagnahmt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Zeitweilig heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit wiederholten Regenfällen bei ziemlich frischen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

11. Kreis Schöneberg: Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, bei König, Feurig-Edel, Prinz-Berg-Strasse, Sitzung der Parteikommission.

